Regierungsbezirk	Landkreis	Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft	Lfd.Nr

ANTRAG auf Zulassung des Volksentscheids

<h3 style="margin: 0;">Antrag Verbotsverfahren der Alternative für Deutschland</h3>

An das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Die unterzeichneten Stimmberechtigten beantragen über den Bundesrat durch die bayerische Staatsregierung ein Verbotsverfahren der Partei Alternative für Deutschland beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten.

Hiermit beantragen wir einen Volksentscheid zur Aberufung des Landtages.

	Name, Vorname	Anschrift	Telefon
Beauftragter	Arnold Schiller	Meggendorfer 28, 80992 München	015207058101
Stellvertreter			

weitere Stellvertreter	Name, Vorname	Anschrift	Telefon
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10.			

Erläuterung zur Sammlung der Unterschriften

- Für jede Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft ist ein **eigener** Unterschriftenbogen bzw. ein **eigenes** Unterschriftenheft erforderlich. Personen aus verschiedenen Gemeinden/Verwaltungsgemeinschaften können nicht auf derselben Liste unterschreiben.
- Eintragungen, die die Person des Unterzeichners nicht eindeutig erkennen lassen (z. B. wegen unleserlicher oder unvollständiger Angaben) oder die nicht eigenhändig unterschrieben sind, sind ungültig.
- Alle Unterzeichner müssen stimmberechtigt sein, d.h.
 - **Deutsche** i. S. d. Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein,
 - das **18. Lebensjahr** vollendet haben,
 - seit mindestens **drei Monaten** in Bayern ihre **Wohnung**, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung haben oder sich sonst in Bayern gewöhnlich aufhalten,
 - **nicht** vom Stimmrecht **ausgeschlossen** sein.
- Jeder/Jede Stimmberechtigte kann nur **einmal** und nur **persönlich** unterschreiben.
- Wer unbefugt unterschreibt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis des Antrags herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft; der Versuch ist strafbar (§ 107a Abs. 1 und 3 in Verbindung mit § 108d des Strafgesetzbuchs). Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft; der Versuch ist strafbar
- Die gesammelten Unterschriften müssen der zuständigen Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft zur Bestätigung des Stimmrechts vorgelegt werden, sonst sind sie unwirksam.

Ich unterstütze den auf der Seite 1 (Rückseite dieses Blattes) abgedruckten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens (einschliesslich Gesetzesentwurf und Begründung) .

Bitte beachten sie auch die Erläuterung zur Sammlung der Unterschriften.

Lfd. Nr.	Familiename Vorname	Tag der Geburt	Anschrift (Hauptwohnung) - Straße, Hausnummer - PLZ, Ort	Unterschrift	Bemerkungen der Behörde; ggf. Anlagen-Nr.
1					
2					
3					
4					
5					

Bestätigung der Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft

Zutreffendes bitte ankreuzen oder in Druckschrift ausfüllen

Aufjedem Unterschriftenbogen bzw. Unterschriftenheft ist nur die Bestätigung **einer** Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft zulässig.

1. Es wird hiermit bestätigt, dass
 - sämtliche auf dem Unterschriftenbogen
 - die auf dem Unterschriftenbogen mit den laufenden Nrn. _____ eingetragenen Unterzeichner vorstehenden Antrags nach Art. 1 Landeswahlgesetz **stimmberechtigt** sind.
2. Die auf dem Unterschriftenbogen mit den laufenden Nrn. _____ eingetragenen Unterzeichner vorstehenden Antrags sind zum Landtag **nicht stimmberechtigt**. Die Gründe ergeben sich jeweils aus der Bemerkungsspalte.
3. Der Unterschriftenbogen enthält somit die Unterschriften von _____ **Stimmberechtigten**.
4. Bei der Sammlung der Unterschriften wurden Unregelmäßigkeiten
 - nicht festgestellt.
 - festgestellt, und zwar: _____
5. Dem Unterschriftenbogen / -heft liegen _____ Anlagen (Anlagen-Nr. _____) mit Bemerkungen der Gemeinde bei.

Datum

(Dienstsiegel)

Unterschrift des/der mit der Bestätigung beauftragten Bediensteten

Bitte unbedingt beachten:

- Die ersten beiden Seiten des Formulars müssen unbedingt doppelseitig auf **EINE** Seite (Format mindestens DIN A4!) gedruckt werden, damit die Unterschriften auch gezählt werden können.
Diese Seite muss nicht ausgedruckt oder zurückgeschickt werden, sondern gibt nur wichtige Hinweise zum richtigen Sammeln der Unterschriften.
- Formular bitte nicht mit Bleistift ausfüllen!
- Bitte nur die Tabelle in der Mitte der zweiten Seite ausfüllen. Der untere Teil wird später von der Gemeinde ausgefüllt. Andere Angaben/Text auf dem Formular kann die Unterschriften sonst ungültig machen.
- Wenn noch nicht automatisiert ausgefüllt, dann bitte noch ganz oben links auf der ersten Seite den richtigen Regierungsbezirk, Landkreis und Gemeinde/Verwaltungsgemeinschaft eintragen. Wenn das unbekannt ist, Felder bitte frei lassen.
- Es gibt auch Formulare ohne Angabe von Gemeinde/Landkreis/Regierungsbezirk. Unterschriften, die auf Formularen mit falschen Angaben ausgefüllt werden, sind leider ungültig.
- Vollständig ausgefüllte Formulare bitte an die folgende Adresse schicken:
Aktionsbündnis Volksbegehren vbuh.de
c/o Piratenpartei Bayern
Schopenhauerstraße 71
80807 München

Das ganze ist ein Entwurfsstadium und so nicht zeichnungsfähig. Abgesehen von noch zu findenden Erstzeichnern bedarf es auch noch einer juristische Überprüfung, ob die gewählte Version tatsächlich die Funktion erfüllt. Eventuell ist auch eine andere Version in der Zeit vor 1990 zu wählen. Tatsächlich haben die Versionen nach 1990 den Mangel, dass sie gegen Artikel 6 und Artikel 7 der EMRK verstossen. Es obliegt dem Landtag auch einen Gegenentwurf zu präsentieren, der zweifelsfrei der Verfassung und der EMRK entspricht. Dies ist ein Diskussionsvorschlag, wie ein Volksbegehren ausschauen könnte.

Tel: